



Die Gewinnerinnen und Gewinner des Inklusionspreises des PARITÄTISCHEN Hessen wurden bei der Fachtagung geehrt.  
Alle Bilder: Ilona Surrey

# Inklusion – Mode oder Menschenrecht?

Ist die Debatte über Inklusion eine modische Erscheinung, mit der man sich im politischen Kontext gerne zu schmücken versucht? Oder hat die UN-Behindertenrechtskonvention tatsächlich einen Prozess in Gang gesetzt, der die Lebensbedingungen und Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung perspektivisch verbessern wird? Bei seiner Fachtagung im Februar ging es dem PARITÄTISCHEN Hessen um eine kritische Bestandsaufnahme.

„Die herrschende ökonomische Logik zementiert Barrieren“, so der Sozialethiker Dr. Uwe Becker: „Denn sie degradiert den Menschen zum Humankapital und bewertet den Einzelnen nach dem Maß seiner ökonomischen Zweckerfüllung.“ Inklusion sei nicht durch den „Einschluss in bestehende Systeme“ zu erreichen, betonte der Professor an der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-

Westfalen-Lippe. Vielmehr müsse die herrschende ökonomische Logik radikal in Frage gestellt werden. Um das in der UN-Behindertenrechtskonvention verbrieftete Recht auf gleichberechtigte Teilhabe umzusetzen, bedürfe es einer „veränderten Wertekultur“.

Rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren zu der Fachtagung des PARITÄTISCHEN Hessen gekommen,

auf der Dr. Uwe Becker Ende Februar in Frankfurt sprach.

Neben Mitgliedsorganisationen waren auch zahlreiche Kommunen vertreten, ebenso wie Landesministerien und Kostenträger. Bilanz zu ziehen nach seinem vierjährigen Schwerpunktthema Inklusion und Barrierefreiheit war dabei das Anliegen des PARITÄTISCHEN Hessen. „Inklusion – Mode oder Menschenrecht?“ hieß die Leitfrage. Dabei widmet sich die Fachtagung in drei Foren den Lebensbereichen, die zentral für eine gelingende Inklusion sind: Arbeit, Bildung und Freizeit.



Der Sozialethiker Dr. Uwe Becker referierte.

### Verteilungspolitische Fragen

Es sei „relativ still geworden um das Thema Inklusion“, sagte Dr. Uwe Becker in seinem Vortrag: „Wenn weder die erforderlichen ökonomischen Ressourcen für dieses Projekt bereitgestellt werden, noch nach dem Veränderungsbedarf der gesellschaftlich zentralen Logiken gefragt wird, unterliegt dieses Projekt tendenziell der moralischen Versickerung.“ Die gestiegenen Flüchtlingszahlen seien ein neues Top-Thema, das die Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe von Menschen mit Behinderung verdrängt habe. Der Sozialethiker warnte: „Diese beiden inklusionpolitischen Fragen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“ Um beide gesellschaftliche Aufgaben finanzieren zu können, „dürfen verteilungspolitische Fragen nicht tabuisiert werden“, so etwa eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Erhebung einer Vermögenssteuer.

In seinen „Anmerkungen zur drohenden Entpolitisierung eines Menschenrechtsprojekts“ kritisierte Dr. Uwe Becker sowohl die „Ausgrenzungstendenzen im dreigliedrigen Schulsystem“ als auch die „neoliberale Dynamik des Arbeitsmarkts“, die nicht nur für Menschen mit Behinderung negative Folgen hätten: „Die soziale Ungleichheit nimmt weiter zu, sowohl

innerhalb der Erwerbstätigen als auch gesamtgesellschaftlich“.

Es sei ein „skandalöser Missstand“, dass die Leistungen für Menschen mit Behinderung der Sozialhilfe nach SGB XII zugeordnet sind. Weil Assistenzleistungen mit Einkünften verrechnet werden, sei für viele Menschen mit Behinderung die Altersarmut vorprogrammiert. Die Verwirklichung der UN-Behindertenrechtskonvention sei auf „eine unbestimmte Zeitachse“ ausgedehnt, so Beckers kritisches Fazit, und „das Bundesteilhabegesetz schlummert dem Ende der Koalitionsphase entgegen“.

### Inklusion ist ein Prozess

Auch Dr. Wolfgang Werner, Vorstandsvorsitzender des PARITÄTISCHEN Hessen, hob in seiner Rede das „ernüchternde Urteil“ hervor, zu dem die Vereinten Nationen kamen, als sie im Frühjahr 2015 überprüften, wie weit die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention bereits umgesetzt wurden. Deutschland habe „bei Weitem nicht alles Notwendige und Mögliche“ unternommen für die Verwirklichung der Inklusion, so urteilte die Monitoring-Stelle. Die Vorgaben der



Katja Lücke (links) und Annette Wippermann vom PARITÄTISCHEN Hessen moderierten.

UN-Behindertenrechtskonvention seien „hierzulande noch nicht hinreichend in der Lebenswirklichkeit der Menschen mit Behinderungen angekommen“.

„Die Inklusion kommt zu langsam voran“, so Dr. Wolfgang Werner. Und dass es überhaupt Fortschritte gibt, ist aus Sicht der Monitoring-Stelle vor allem den „nichtstaatlichen Akteuren“ zu verdanken, die aktiv für die Verwirklichung der UN-Behindertenrechtskonvention eintreten. „Dieses Lob, der eigentliche Motor der Inklusion zu sein, können auch viele Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen für sich in Anspruch nehmen“, hob er hervor.

Mit seinem Schwerpunktthema Inklusion und Barrierefreiheit hat der PARITÄTISCHE Hessen das Anliegen verfolgt, seine Mitgliedsorganisationen sowie die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und sie auf dem Weg hin zu mehr Barrierefreiheit zu unterstützen und konstruktiv zu begleiten. Zu diesem Zweck hat er unter anderem den Leitfaden „Der Barriere-Checker“ zur Planung barrierefreier Veranstaltungen veröffentlicht sowie die Broschüre „10 Knigge-Tipps zum respektvollen Umgang mit behinderten Menschen“. Außerdem entstand in Kooperation mit Studierenden des Studiengangs „Visuelle Kommunikation“ der Universität Kassel eine Plakatkampagne, die von der Bank für Sozialwirtschaft beim Wettbewerb Sozialkampagne 2014/2015 ausgezeichnet wurde.

Inklusion ist kein Zustand, sondern ein Prozess, bei dem die Rahmenbedingungen ständig neu verhandelt werden müssen, so die Haltung des PARITÄTISCHEN Hessen. Damit Inklusion nicht als Mode abgetan wird, sondern als Menschenrecht anerkannt, wird er diesen gesellschaftspolitischen Prozess weiter kritisch begleiten.

Barbara Helfrich

# Forum Freizeit: Barriere-Frei-Zeit erleben

Inklusion muss in allen Lebensbereichen gelebt werden und darf nicht auf Bildung und Arbeit beschränkt bleiben. Theater und Sport sind dabei nur zwei der Bereiche, in denen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam aktiv sein können.



Auftritt des Theaterlabors INC.

Es gibt Menschen, die vor lauter Liebe den Verstand verloren haben, aber auch Menschen, die vor lauter Verstand die Liebe verloren haben – das ist eine der Botschaften, die das Theaterlabor INC in seinem aktuellen Stück „Vielleicht Liebe vielleicht“ auf die Bühne bringt. Zu sehen war das Stück unter anderem im Staatstheater Darmstadt. Bei der Inklusionstagung des PARITÄTISCHEN Hessen brachte die inklusive Truppe einen Ausschnitt auf die Bühne. Das Theaterlabor INC. ist ein Zusammenschluss von Schauspielerinnen und Schauspielern verschiedenen Alters mit und ohne Behinderung. Seit 2012 ist die Lebenshilfe Dieburg fester Kooperationspartner. Mit seinem jüngsten Stück „Vielleicht Liebe vielleicht“ begibt sich das Team auf eine abenteuerliche Reise mit viel Herz und Humor.

[www.theaterlabor-darmstadt.de](http://www.theaterlabor-darmstadt.de)

## DASpo – durch Assistenz zu mehr Sport

Welche Assistenzmodelle lassen sich sozialrechtlich differenzieren und prinzipiell für den Bereich Freizeit/Sport

nutzen? In welchem Ausmaß werden Assistenzen im Bereich Freizeit und Sport bereits genutzt? Wie sollten praxistaugliche, effiziente und nachhaltige Assistenzmodelle zukünftig aussehen? Das sind die Fragen, um die es in dem Projekt „DASpo – durch Assistenz



Katharina Sauerland referierte.

zu mehr Sport“ geht, das Katharina Sauerland vom Forschungsinstitut für Inklusion durch Bewegung und Sport an der Deutschen Sporthochschule Köln präsentierte. Sport und Assistenz sei ein Feld, in dem noch vieles unklar ist: „Bei der Hilfebedarfsplanung wird der Bereich Freizeit nur sehr rudimentär aufgegriffen“, bemängelte sie.

Möglichkeiten, um die Teilhabe im Sport zu fördern und zu finanzieren, seien in sieben Sozialgesetzbüchern zu finden, doch explizit seien Unterstützungsleistungen für Sport bisher in den Gesetzestexten noch nicht benannt, so Katharina Sauerland. Eine ihrer Forderungen ist daher, „konkrete Formulierungen oder verbindliche Ergänzungen aufzunehmen“. Darüber hinaus sollten „ausdrücklich auch Sportanbieter in die Pflicht genommen werden, das Thema Inklusion in der kommunalen Sportförderung zu berücksichtigen“, ergänzte sie: „Sie sollten selbst Assistenzleistungen organisieren und anbieten.“

Aufgrund unterschiedlicher Kassenlagen der Kommunen seien Menschen mit Behinderungen in unterschiedlichen Regionen unterschiedlichen Bedingungen unterworfen. In ländlichen Regionen sind Angebote oft weit entfernt. Ein Zwischenergebnis aus der Studie: „Man könnte heute schon vieles besser machen, aber feste Regelungen der Zusammenarbeit der Sozialleistungsträger gibt es nicht, beziehungsweise sie werden nicht umgesetzt.“

## kontakt

Katharina Sauerland  
Tel.: 02234 - 2052 370  
[sauerland@fi-bs.de](mailto:sauerland@fi-bs.de)  
[www.fi-bs.de](http://www.fi-bs.de)

# Forum Bildung – eine Schule für alle?

## Chancen und Risiken des gemeinsamen Unterrichts

Über Inklusion in der Schule wird in der breiten Öffentlichkeit intensiv und kontrovers diskutiert. Auf der Fachtagung berichteten drei Expertinnen aus der Praxis.

■ **Dr. Dorothea Terpitz, Vorsitzende des Vereins Gemeinsam Leben Hessen e. V. und Mitglied im Vorstand des PARITÄTISCHEN Hessen:**



2011 wurde das Schulgesetz geändert. Seitdem ist Inklusion in der Theorie der Regelfall und die Aussortierung in die Förderschule die Ausnahme. In der Praxis ist es umgekehrt: Wir erleben regelmäßig die Zuweisung zur Förderschule oder Eltern tun ihre Kinder sozusagen freiwillig in die Förderschule. Und das nicht, weil sie diese gut finden, sondern weil ihre Kinder im allgemeinen System nicht erwünscht sind oder dieses nicht darauf vorbereitet ist. Das Recht auf Inklusion müssen Eltern oft erst durchsetzen.

Am Ende hilft häufig nur die Klage, und zwar nicht in direktem Bezug zur UN-Behindertenrechtskonvention, sondern unter Berufung auf Artikel 3 des Grundgesetzes – Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden! Da die Förderschule als ausschließliches Existenz-Kriterium die Behinderung der Schülerinnen und Schüler als Grundlage hat, handelt es sich bei einer zwangsweisen Zuweisung um eine Diskriminierung. In dem Fall, in dem die Eltern als die Sorgeberechtigten die volle Teilhabe ihres Kindes im allgemeinen System fordern, müssen dazu die Voraussetzungen im allgemeinen System auch geschaffen werden. [www.gemeinsamleben-hessen.de](http://www.gemeinsamleben-hessen.de)



■ **Mareike Meister, Leiterin der Sophie-Scholl-Schule in Hanau:**

Wir wollen das Schnellboot sein und nicht auf den schwerfälligen Tanker Inklusion warten. Deshalb haben wir im Jahr 2013 eine ganztägige inklusive Grundschule in freier Trägerschaft gegründet. Unser Leitsatz lautet: „Alle sind anders verschieden. Sie begegnen sich in gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung und lernen von- und miteinander.“ Wir sind eine Stufenschule, das heißt Erst- und Zweitklässler und Dritt- und Viertklässler wer-

■ **Theresa Hildebrand, Unabhängige Inklusionsberatungsstelle des Vereins Gemeinsam Leben Frankfurt e. V.:**

Inklusion braucht Beratung, Begegnung und Vernetzung für Eltern. Als unabhängiger gemeinnütziger Verein sind wir seit 2013 die Anlaufstelle für Eltern von Kindern mit Behinderungen in allen Fragen des inklusiven Lebens in Frankfurt. Wir bündeln Informationen und bereiten sie so auf, dass Eltern auf Augenhöhe kommunizieren können, etwa wenn eine Ausschulung droht. Wir begleiten sie auch zu Gesprächen und Runden Tischen in Schulen, wie zum Beispiel beim so genannten Förderausschuss, damit sie dort nicht mit dem Rücken zur Wand stehen. Unsere Erfahrung ist, dass inklusive Beschulung gefragt und gewollt ist. In Frankfurt steigt die Nachfrage nach Inklusionsberatung. Im Schuljahr 2014/2015 hatten wir mehr als 300 Anfragen und 100 Beratungsfälle. Es gibt im Vergleich zu den letzten Jahren ein größeres Angebot an schulischer Inklusion gemäß dem Prinzip Wohnortnähe mit vielen neuen Erfahrungen und guten Lösungen.

Aber es gibt auch noch immer viele Hürden und Widerstände. Ein Vater hat mir einmal gesagt, er fühle sich wie ein Auto, das in starkem Nebel und mit schwachem Motor auf der rechten Spur fährt und irgendwann gezwungenermaßen rechts abbiegen muss, obwohl es eigentlich nach links wollte. Es hat ihm sehr wehgetan, dass er für das Grundrecht seines Sohnes auf den Besuch einer Regelschule so sehr kämpfen musste. [www.gemeinsamleben-frankfurt.de](http://www.gemeinsamleben-frankfurt.de)



den in einer Klasse unterrichtet. Das ist ein Kniff, durch den von vornherein klar wird, dass sich nicht alle mit dem gleichen Unterrichtsstoff befassen. Denn Inklusion heißt nicht „immer für alle dasselbe“, sondern „jeweils für alle das, was sinnvoll und möglich ist“. So leicht das klingt, so schwer ist es oft in der Umsetzung. Die größte Herausforderung sind für uns Kinder mit dem Förderbedarf emotionale und soziale Entwicklung, Kinder beispielsweise, die ein hohes Aggressionspotenzial mitbringen.

Wir haben festgestellt, dass Kinder, die schon aus inklusiven Kita-Systemen zu uns kommen, viel selbstverständlicher mit der Situation an unserer Schule umgehen als Kinder, die diese Erfahrung nicht mitbringen. Das macht uns große Hoffnung für die Zukunft, denn die Kinder, die heute inklusiv beschult werden, können die Entscheidungsträger von morgen sein. [www.sophie-scholl-schule-hanau.de](http://www.sophie-scholl-schule-hanau.de)

# Forum Arbeit: Werkstätten – notwendiger Schonraum oder menschenrechtswidriges Abstellgleis?

Mit einem mächtigen Panzer vergleicht Uwe Frevert Werkstätten für Menschen mit Behinderung aufgrund ihrer großen wirtschaftlichen Bedeutung. „Dieser Panzer muss gestoppt und neu gelenkt werden“, fordert der Diplom-Sozialpädagoge, der Mitglied im Vorstand der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland ist. „Die Beschäftigung in Werkstätten in dieser Größenordnung ist menschenrechtswidrig.“ Ziel dürfe aber nicht sein, „dass man die Werkstätten dicht macht und die Menschen sich selbst überlässt“, betonte Frevert im Streitgespräch zum Thema Arbeit und Inklusion. Das Know-how der Werkstätten dürfe nicht zerstört werden, sondern müsse auf den ersten Arbeitsmarkt transferiert werden. Doch dass die Werkstätten ein Auslaufmodell seien, daran lasse der Staatenbericht zur UN-Behindertenrechtskonvention keinen Zweifel.

Die Gegenposition auf dem Podium vertrat Wolfgang Schrank, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Gesellschaft für Bildung und Berufliche Integration mbH: Der Staatenbericht sei entstanden, „ohne dass Vertreter der Werkstätten gefragt wurden“, kritisierte er: „Ich halte den Staatenbericht für absolut wertlos.“

Dem widersprach die Moderatorin des Streitgesprächs, Annette Wippermann vom PARITÄTISCHEN Hessen, denn die Überprüfung für den Staatenbericht der UN-BRK in Deutschland fand mit der BRK-Allianz statt, einem Zusammenschluss von 78 Organisationen, die Menschen mit Behinderungen repräsentieren. Dennoch seien die Werkstätten, die bundesweit rund 300.000 Menschen beschäftigen, „eine ganz große sozialpolitische Errungenschaft“, beharrte Wolfgang Schrank. Denn viele der Menschen, die in Werkstätten arbeiten, seien auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht gefragt.



Wolfgang Schrank, Nicole Heimann, Annette Wippermann und Uwe Frevert diskutierten.

In der freien Marktwirtschaft seien die Unternehmen frei zu entscheiden, wen sie beschäftigen: „Es werden die Besten und die Fittesten gesucht.“ Ein Gutteil der Menschen mit seelischen Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, hätten bereits Erfahrungen auf dem ersten Arbeitsmarkt „und wollen nicht dorthin zurück“.

Bei der Inklusion auf dem Arbeitsmarkt hinke Deutschland im europäischen Vergleich oft hinterher, so Nicole Heimann vom Projekt Wirtschaft inklusiv des Bildungswerks der Hessischen Wirtschaft. „Kollegen aus Norwegen lachen uns aus“, sagte sie mit Blick auf die öffentlich geförderte Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen. Anliegen des Projekts Wirtschaft inklusiv ist es, kleine und mittelständische Unternehmen stärker für die Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit einer Schwerbehinderung zu gewinnen. „Arbeitgeber haben immer noch ein hohes Informationsdefizit“, so Heimann, doch es sei ein Wandel zu beobachten: „Wir erleben viele Firmen, die sehr offen sind.“ Dabei seien Geldprämien oft nicht entscheidend dafür, ob Unternehmen Menschen mit Behinderungen einstellen, so Heimann. Wichtiger sei vielmehr eine Begleitung

durch „den Behördenschwengel“. Die positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt gehen an Menschen mit Schwerbehinderung bislang vorbei. Bei ihnen ist die Arbeitslosenquote mit 14 Prozent rund doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Behinderung. Im wirtschaftlichen Aufschwung der vorigen Jahre ist sie nicht gesunken, sondern sogar noch gestiegen. Auch um darauf hinzuweisen, hatte der PARITÄTISCHE Hessen bewusst die IHK Frankfurt als Veranstaltungsort für seine Inklusionstagung gewählt: „Inklusion spielt im realen Leben. Wir wollen aus der sozialen Ecke raus“, so Annette Wippermann, Referentin für Arbeitsmarktpolitik und Grundsatzfragen beim PARITÄTISCHEN Hessen. Thomas Reichert, Vizepräsident der IHK Frankfurt, betonte in seinem Grußwort, dass Inklusion auf dem Arbeitsmarkt angesichts des demografischen Wandels auch im Sinne der Wirtschaft sei. „Eine schrumpfende Gesellschaft kann es sich nicht mehr leisten, irgendjemand auszuschließen.“ Er forderte eine stärkere und transparentere öffentliche Förderung für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Sich für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu öffnen, sei für Firmen ein „Reputationsgewinn und Wettbewerbsvorteil“.

# Ausgezeichnete Inklusion

Sie haben den Wechsel von der Fürsorge zur Teilhabe geschafft, im Kleinen oder im Großen? Mit dieser Frage hatte der PARITÄTISCHE Hessen seine Mitgliedsorganisationen aufgerufen, sich um seinen Inklusionspreis zu bewerben. Die Resonanz war groß: 26 sehr unterschiedliche Projekte aus vielen Bereichen der sozialen Arbeit wurden eingereicht. Der Projektgruppe Inklusion fiel es nicht leicht, die drei auszuwählen, die sich dann auf der Fachtagung präsentierten. Über die Platzierung der drei Sieger stimmte das Publikum ab. Der erste Preis ist mit 1.500 Euro dotiert, der zweite mit 1.000 Euro und der dritte mit 500 Euro.

## Platz 1: Verein zur Förderung der Inklusion behinderter Menschen – fib e.V.

Geige trifft auf E-Gitarre, Hip Hop und Klassik vermischen sich. Doch nicht nur musikalische Grenzen verschwimmen, wenn die Rapper von Woodvalley Movement auf der Bühne stehen. In der Band sind Jugendliche mit und

ohne Behinderung, mit und ohne Migrationshintergrund. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge singen über ihre Lebensgeschichte und die einzige junge Frau in der Band darüber, dass Rap noch immer männerdominiert ist.

Mit dem inklusiven Musikauftritt präsentierte die Mitgliedsorganisation Verein zur Förderung der Inklusion behinderter Menschen – fib e.V. aus Marburg ihr Engagement im Projekt „Inklusion bewegt!“. Der Verein ist im Rahmen dieses Projekts Träger einer Koordinierungsstelle, die rund um das Thema „Freizeitangebote für junge Menschen mit und ohne Behinderung“ berät, initiiert und koordiniert. Unter anderem bietet sie Fortbildungen zur Barrierefreiheit an und begleitet Freizeitanbieter auf dem Weg zur Inklusion. Auf diese Weise können sich junge Menschen begegnen und gemeinsam Freizeit erleben. So wurden bereits 13 Projekte gestartet, von denen die inklusive Hip Hop-Band, die bei der Tagung des PARITÄTISCHEN Hessen das Publikum begeisterte,

eines ist. Auch die meisten anderen Projekte sind im kreativen Bereich, darunter inklusive Malkurse ebenso wie Tanzprojekte. Dazu kommt ein Projekt im Umweltbereich, das sich um die barrierefreie Gestaltung eines Lehrgartens bemüht. Weitere inklusive Projekte werden derzeit auf den Weg gebracht.

Die Koordinierungsstelle berät auch die Universitätsstadt Marburg und den Landkreis Marburg-Biedenkopf, die gemeinsam eine der Modellregionen Inklusion des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration sind. Dabei liegt der Schwerpunkt auf inklusiver Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche.

Weitere Projekte im Bereich Sport und Medien sind geplant. In dem Projekt werden Kinder und Jugendliche sowohl bei der Planung als auch bei der Entscheidung über Förderung der Projekte beteiligt. Ziel des Projektes „Inklusion bewegt!“ ist es, allen Kindern und Jugendlichen, unabhängig von Geschlecht, Behinderungen, ethnischer oder sozialer Herkunft, die Teilhabe an lokalen Freizeitmaßnahmen zu ermöglichen. Hindernisse und Barrieren sollen überwunden und somit nachhaltig neue inklusive Wege realisiert werden.



## k o n t a k t

Anna Kaczmarek-Kolb  
Tel.: 06421 - 697 724 0  
E-Mail: info@inklusionbewegt.de  
www.inklusionbewegt.de

## Platz 2: Billabong Familienzentrum am Riedberg e.V.

„Hier ist es egal, ob ein Tanzschritt perfekt ausgeführt wird“, beschreibt Dr. Thom Hecht vom Ballettförderzentrum Dance Inc. seinen inklusiven Ansatz. Die Schönheit liege vielmehr auch und gerade darin, dass „jemand einen Schritt auf seine ganz eigene



Weise interpretieren kann.“ Seit September 2015 unterrichtet er in einem inklusiven Ballettkurs für Kinder, den das Familienzentrum Billabong anbietet, eine Mitgliedsorganisation des PARITÄTISCHEN Hessen im Frankfurter Stadtteil Riedberg. An dem Kurs nehmen Kinder im Alter zwischen drei und acht Jahren teil. Kinder im Rollstuhl ebenso wie Kinder mit Down-Syndrom und Kinder ohne Behinderung – bei der Verleihung des Inklusionspreises kamen sie zusammen für einen Tanzauftritt auf die Bühne.

In dem Kurs unternehmen die Kinder imaginäre Tanzreisen, die helfen, nicht nur ein gutes Körpergefühl zu entwickeln, sondern auch die Akzeptanz untereinander zu fördern und das Eingebundensein in eine Gruppe. „Dieser Kurs erfreut sich großer Beliebtheit“, so Anja Hohmann vom Familienzentrum Billabong. „Mittlerweile gibt es eine Warteliste. Das Preisgeld wollen wir zum Teil für die Umsetzung eines weiteren Kurses einsetzen.“

### k o n t a k t

Anja Hohmann  
Tel.: 069 - 989 577 95  
E-Mail: [info@billabong-family.de](mailto:info@billabong-family.de)  
[www.billabong-family.de](http://www.billabong-family.de)

### Platz 3: Lebenshilfe-Werk Kreis Waldeck-Frankenberg e. V.

Mit Zange und Hammer entfernen sie die rostigen Reste eines Wildgatters oder sie sind dabei, wenn ein Baum gefällt wird, der seltenen Pflanzen

das Licht nimmt – bei der gemeinsamen Waldwoche im Nationalpark Kellerwald-Edersee leisten Klientinnen und Klienten aus dem Lebenshilfe-Werk Kreis-Waldeck Frankenberg auf vielfältige Weise einen ehrenamtlichen Beitrag zum Naturschutz, gemeinsam mit Freiwilligen ohne Behinderungen. Das besonders dabei: Die Menschen mit geistiger Beeinträchtigung empfangen nicht passiv ehrenamtliche Leistungen, sondern bringen sich selbst für eine gemeinnützige Sache aktiv ein. Weil ei-

nige schon seit mehreren Jahren dabei sind können sie ihr Wissen an Freiwillige ohne Behinderung weitergeben, die neu im Projekt sind.

Bereits seit 2009 engagieren sich Freiwillige aus dem Lebenshilfe-Werk Kreis-Waldeck Frankenberg im Nationalpark Kellerwald-Edersee. Freiwillige ohne Behinderungen, seien von dem inklusiven Ansatz oft zunächst überrascht, berichtet Martina Fackiner, Freiwilligenkoordinatorin im Lebenshilfe-Werk Kreis-Waldeck Frankenberg: „Aber anfängliche Berührungsängste sind nach kürzester Zeit verschwunden. Die gemeinsame Aufgabe in der Natur macht allen viel Freude und die Ergebnisse können sich auf jeder Ebene sehen lassen.“

### k o n t a k t

Martina Fackiner  
Tel.: 05631 - 5006-566  
E-Mail: [m.fackiner@lwh-wf.de](mailto:m.fackiner@lwh-wf.de)  
[www.lwh-wf.de](http://www.lwh-wf.de)



# Behindertenhilfe und Gewaltschutz vernetzen sich

## Fachtag in Frankfurt bot Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung

„Barrierefreiheit liegt uns sehr am Herzen, aber es fällt uns schwer, Prioritäten zu setzen“, sagte eine Tagungsteilnehmerin. Eine andere räumte offen ein: „Bei uns ist das Thema bisher leider hinten runter gefallen, weil uns schlicht die Zeit fehlt.“ Beide arbeiten in Frauenberatungsstellen und besuchten beim Frankfurter Fachtag mit dem Titel „Qualifiziert. Vernetzt“ den Workshop zum Thema „Schritt für Schritt barrierefrei.“

Dabei riet Nora Eisenbarth, die bei pro familia Hessen für das Projekt Inklusion verantwortlich ist, zu einer engen Kooperation mit Interessenvertretungsverbänden. Die Weiterqualifizierung der Beschäftigten sei ein weiterer wesentlicher Schritt. Denn es sei nicht zielführend, zwar Flyer in Leichter Sprache zu verteilen, aber die Mitarbeiterinnen nicht gleichzeitig so zu schulen, dass sie auch in Leichter Sprache beraten können. „Vollkommene Barrierefreiheit ist kaum realisierbar“, sagte Nora Eisenbarth und ermutigte die Workshop-Teilnehmerinnen, Barrieren nach und nach abzubauen. Auch Rita Schroll, Leiterin des Hessischen Koordinationsbüros für Frauen mit Behinderung, die den Workshop gemeinsam mit Nora Eisenbarth leitete, machte Mut zur Lücke: „Die Offenheit ist wichtig. Nichts ist perfekt, Fehler dürfen vorkommen.“

Das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung ist in Trägerschaft des PARITÄTISCHEN Hessen und hält verschiedene Angebote für von Gewalt betroffene Frauen mit Behinderung bereit, unter anderem eine Kartei mit Adressen von Therapeutinnen, die Erfahrung in der Arbeit mit behinderten Frauen haben. Zudem gibt Rita Schroll Hinweise, etwa zum Dolmetschen bei Gesprächen mit gehörlosen Frauen, die von Gewalt betroffen sind: „Oft dolmetschen dabei Angehörige, die unter Umständen befangen beziehungsweise in-

volviert sein können. Dies birgt die Gefahr, dass die Situation verfälscht wird. Deshalb ist es außerordentlich wichtig, in dieser Situation Gebärdendolmetscherdienste hinzuzuziehen, wissentlich, dass die Finanzierung – trotz verschiedener Rechtsansprüchen – nicht so zeitnah wie nötig erfolgen kann.“

Neben dem Workshop zur Barrierefreiheit standen bei dem Fachtag acht weitere Workshops auf dem Programm. Themen waren unter anderem die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe, die Beratung und Begleitung von gewalttätigen Klienten und Klientinnen mit Beeinträchtigungen sowie Sexuaufklärung für Menschen mit Beeinträchtigungen. In einem anderen Workshop ging es um die Sensibilisierung für Grenzüberschreitungen in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen.

Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind extrem häufig von sexueller, körperlicher und psychischer Gewalt betroffen. So erleben sie beispielsweise in Kindheit und Jugend zwei- bis dreimal so häufig sexuellen Missbrauch wie Frauen ohne Behinderung. Das hob in ihrem Impulsvortrag Dr. Monika Schrötle hervor, die Vertretungsprofessorin am Lehrstuhl für Frauenforschung in Rehabilitation und Pädagogik der TU Dortmund ist. Als Gründe nannte sie „erhöhte Vulnerabilität und Abhängigkeit“ sowie „Barrieren bei der Unterstützungssuche.“ Um die Situation zu verbessern, sei es wichtig, dass Einrichtungen der Behindertenhilfe und des Gewaltschutzes enger kooperieren. Die Fachtagung in Frankfurt hatte das



Zeichner Raymund Frey dokumentierte die Tagung grafisch.  
Foto: Mathias Schröder

Ziel, eine solche Vernetzung anzustoßen. Fast 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zu dem Austausch, der von pro familia Hessen, dem Hessischen Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung und der Frankfurt University of Applied Sciences organisiert wurde. Gefördert wurde der Fachtag vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Schirmherr war Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel, der in seinem Grußwort weitere Finanzmittel für den Gewaltschutz in der Behindertenhilfe in Aussicht stellte. Der Fachtag in Frankfurt solle ein Meilenstein für die Weiterentwicklung entsprechender Konzepte sein: „Von dieser Veranstaltung soll ein Signal ausgehen.“

### k o n t a k t

Rita Schroll  
Leiterin des Hessischen Koordinationsbüros für Frauen mit Behinderung  
Tel.: 069 955 262 36  
Fax: 069 955 262 38  
hkfb@paritaet-hessen.org  
*Hinweise wie Veranstaltungen behindertengerecht gestaltet werden können, sowie Vorschläge von überwiegend kostenlosen Standards zur Verbesserung der Zugänglichkeit von Beratungsstellen gibt es zum Download unter:*  
[www.hkfb.de/aktuelles](http://www.hkfb.de/aktuelles).